

# Trübsal und Tohuwabohu

## Die Nichtraucherschutzgesetze links und rechts des Rheins

Suzanne Krause\*

➤ Während die Franzosen das totale Rauchverbot in öffentlichen Räumen inzwischen akzeptiert haben, herrscht nach dem Nichtrauchergesetz in Deutschland weiterhin föderales Chaos. Die Gastronomie beklagt in beiden Ländern Umsatzeinbußen durch die neue Gesetzgebung, die auf deutscher Seite nun auf dem Prüfstand steht.

Trotz der Einführung des Gesetzes, das sie schützen soll, führen die Nichtraucher in Frankreich für geraume Zeit noch eher eine Nischenexistenz. Zumindest in Cafés und Brasserien, in Restaurants und Hotels. Da räumen die Wirte einfach an einigen ausgewählten Tischen den Aschenbecher weg, häufig in nächster Nähe der Toiletten oder in der Zugluftschneise am Eingang, kleben ein Schild „*Nichtrauchercke*“ an die Wand – und haben den Eindruck, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Geräumigere Restaurants erklären einen Raum zum Nichtraucherraum, selbst wenn dieser von der Raucherseite nur durch eine hüfthohe Balustrade abgetrennt ist. Die bläulichen Qualmwolken, die durch Kneipen und Speiselokale wabern, bleiben Alltag. Und Diskussionen über die Installation von Rauchabzugshauben verebben bald: Ein solches Aufrüsten ist für viele Wirte einfach unerschwinglich. In den Pariser Métro-Stationen wagen noch viele den Griff zur Kippe, bis zur Einfahrt der nächsten Métro. In den Pendlerzügen verteidigen rebellische Reisende tagtäglich ein Raucheranteil, auf der Linie Coulommiers–Paris der zweite Waggon in jedem Zug.

All das sind klare Verstöße gegen die *Loi Evin*, benannt nach dem Gesundheitsminister Claude Evin, der im Januar 1991 das erste Rauchverbot auf französischem Boden durchboxte, wirksam in Räumen mit Publikumsverkehr und in den öffentlichen Transportmitteln. Damals wirkte die neue Nichtraucherschutzpolitik im eigenen Land

und weltweit einfach sehr französisch: Es wird mal wieder ein Gesetz erlassen, das nicht befolgt wird.

### Französischer Bewusstseinswandel

Zehn Jahre später zog das Ministerium für Arbeit und Solidarität Bilanz: Zwischen 1991 und 1997 ist der Tabakkonsum im Land um 11 % gesunken. Die *Loi Evin* hat einen Bewusstseinswandel ausgelöst; die Botschaft „Rauchen schadet der Gesundheit“ ist inzwischen dank zahlreicher Aufklärungskampagnen der Regierung bei der Bevölkerung angekommen. Die mehrfache Erhöhung der Tabaksteuer und der allgemeine Schwund der Kaufkraft sorgten für eine zusätzliche Abschreckung der Raucher. Vom Niedergang der Zigarette beflügelt, verabschiedete die Regierung in Paris ein Folgegesetz: das totale Rauchverbot. Seit Februar 2007 gilt es in Krankenhäusern, Behörden und anderswo am Arbeitsplatz. Elf Monate später wurde es auf den Hotel- und Gaststättenbereich ausgeweitet. Vorbei ist es auch mit den Rauchercken auf Schulhöfen: Einen Glimmstengel anzünden darf ein Genussüchtiger nun nur noch auf der Straße. Da stehen sie nun, die Raucher, in kleinen Grüppchen oder allein, vor Geschäften, Büros und Kneipen, bei jedem Wetter, auf eine Zigarettenlänge. Mittlerweile ist sogar Waggon Nummer zwei des Vorortzugs Coulommiers–Paris durchgehend rauchfrei. Den lange verbissen ver-

\* Suzanne Krause lebt als freie Journalistin in der Nähe von Paris.

teidigten Rauchernischen hat das letzte Stündchen geschlagen. Es wirkt fast wie ein Wunder: Das Rauchverbot wird von den Franzosen inzwischen voll und ganz respektiert.

## Deutsches Durcheinander

Deutsche Nichtraucher blicken voll Neid auf die andere Rheinseite. Denn in Berlin herrscht „*Tohuwabohu*“, wie die *taz* am 23. Dezember 2008 in einer ersten Bilanz zum knapp einjährigen Bestehen des deutschen Nichtraucherschutzgesetzes festhält. In den Kneipen eines Viertels paffen die Nikotinfans fröhlich weiter, während sie im Nachbarviertel am Tresen und im Gastraum zu strikter Abstinenz verpflichtet sind. Und ähnlich verworren scheint die Lage in der gesamten Bundesrepublik.

Die hehren Ambitionen des ursprünglichen Vorhabens, die Bevölkerung bestmöglich auch vor dem schädlichen Passivrauchen zu schützen, wurden im Februar 2007 präsentiert. Das Ziel: ein umfassendes Rauchverbot – das sich allerdings sehr schnell als nicht umsetzbar erwies, denn die Gesundheitspolitik liegt in der Verantwortung der Länder. Und die können sich auf keine überall gültige Regelung einigen. Vor allem, was die Umsetzung des Nichtraucherschutzgesetzes in Gaststätten, Kneipen und Diskotheken betrifft. Im Mittelpunkt der erregten Diskussionen steht die so genannte Eckkneipe, die kleine Schankstätte, die nur aus einem Raum besteht. Größere Betriebe können einen speziellen Raucherraum einrichten, der allerdings nur diesem Zweck vorbehalten bleibt. Soll heißen: Hier herrscht Bedienverbot, um Kellner und Kellnerinnen vor den Folgen des Passivrauchens zu schützen. Den kleinen Wirten jedoch, die Mühe haben, gegen Gäste vorzugehen, die gegen das Gesetz verstoßen, drohen Bußgelder in Höhe von bis zu 1 000 Euro, auf den paffenden Gast wartet ein Strafzettel von 100 Euro. Das sind wesentlich höhere Tarife als in Frankreich: Da muss ein Wirt, der seine Gäste im Lokal rauchen lässt und dabei von einer polizeilichen Kontrolle überrascht wird, lediglich 135 Euro befragen, der Nikotinsünder nur 81 Euro.

Schon bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes hatte auf der rechten Rheinseite jedes Bundesland seine eigenen Ausnahmeregeln erlassen. Und ein Jahr nach Einführung ist das umfassende Rauchverbot vielerorts total ausgehöhlt. In Sachsen, im Saarland, in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz schlägt dem Besucher kleiner Kneipen erneut blauer Qualm ins Gesicht. Sogar Bayern, wo die bundesweit striktesten Regelungen verabschiedet wurden, rückt ab vom harten Anti-Raucher-Kurs. Kein Wunder: Einen Gutteil des Wahldebakels des vergangenen Jahres im Freistaat schieben die CSU-Verantwortlichen heute auf den Widerstand der Bevölkerung gegen das rigide Rauchverbot. Ende Juli 2008, da war das Gesetz gerade mal sechs Monate gültig, kippte das Bundesverfassungsgericht das totale Rauchverbot nach einer Klage der Landesgruppe des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes Dehoga als verfassungswidrig. Begründet wird die Entscheidung mit dem Argument, es verletze das Grundrecht der Berufsfreiheit, wenn Kleingastronomen keine Raucher-kneipe anbieten dürften, große Mehrraumkneipen hingegen schon. Nun muss das Nichtraucherschutzgesetz bis Jahresende revidiert werden.

Die Kneipenwirte und Brauereibetriebe atmen auf. Zwar konnte bei einer Hamburger Expertenanhörung zum Thema Rauchen in Eckkneipen im vergangenen Februar der Vertreter der Handelskammer seine Behauptung, Hamburger Wirte hätten 2008 durch das Rauchverbot erhebliche Umsatzeinbußen erzielt, mit keinerlei konkreten Zahlen untermauern. Und die Aussage der Dehoga-Präsidentin, ein totales Rauchverbot „*gefährde die touristische Attraktivität Hamburgs*“ löste bei den Anwesenden nur ungläubiges Kopfschütteln aus. Nun sind dort sogar Befürworter der Eckkneipen-Ausnahme für ein totales Rauchverbot, umgesetzt ist es aber noch nicht. Derzeit verfahren die Wirte bundesweit somit eher nach Gefühl und Wellenschlag. Während die Bierbrauer neue Hoffnung schöpfen. Denn ihre erste Bilanz zum Rauchverbot, veröffentlicht im Februar 2009, ist negativ: Der deutsche Biermarkt sei im vergangenen Jahr um 6 % eingebrochen, heißt es da. Schuld daran sei neben der Wirtschaftskrise auch das Nichtraucherschutzgesetz.

„Les cafés broient du noir“ titelte die kostenlose Tageszeitung *20 Minutes* in ihrer Paris-Ausgabe am 21. November 2008. Zu deutsch: Sie blasen Trübsal. Laut einer Studie der Pariser Industrie- und Handelskammer wurden im ersten Halbjahr 12,3 % weniger Betriebe im Bereich Cafés, Hotels und Restaurants eröffnet als im Vergleichszeitraum 2007. Die Verantwortlichen beim *Synhorcat*, der nationalen Gewerkschaft für die Gaststättenbranche, legen nach: Im ganzen Land hätten 2008 erstmals mehr Cafés, Hotels und Restaurants ihre Pforten geschlossen als neue eröffnet worden sind. *Synhorcat*-Präsident Didier Chenet schätzt den Rückgang der Kundschaft auf 15 %. 5 % davon seien auf das strikte Rauchverbot zurückzuführen, die restlichen Zehn auf die schlechte Wirtschaftslage. Mancher Wirt schmeißt also entnervt und bankrott das Handtuch. Andere setzen auf Umbau, neuen Service, neue Attraktionen. Angelo, Besitzer des Bistrots *Au métro* im 14. Pariser Arrondissement, berichtet: „Im letzten Januar, als das Rauchverbot in Kraft trat, habe ich 40 % Kundschaft verloren.“ Seither spart er bei den Betriebsausgaben, wo er kann. Sein Konkurrent gegenüber, Azzdine im *Café Losserand*, vermeldet einen Einbruch der Gästezahl von 20 %. Der junge Wirt hat tief in die Tasche gegriffen und großformatige Bildschirme an den Wänden seines Lokals installiert: „Bei wichtigen Fußballspielen ziehe ich damit viel Volk an“, resümiert er.

## Das Ende der „bars-tabac“?

In der Provinz setzen viele kleine Wirte, vor allem die, die eine Lizenz für den Verkauf von Zigaretten und Tabak haben, auf mehr öffentliche Dienstleistungen, besonders in strukturschwachen ländlichen Regionen mit Versorgungsdefiziten. Denn zum Eintritt des Rauchverbots hat das Gewerbe einen dreijährigen „Zukunftsplan“ mit der Regierung unterzeichnet, der den 30 000 *buralistes*, den

Betreibern einer Bar mit angeschlossenem Tabakverkauf, auch erlaubt, öffentliche Dienstleistungen anzubieten. Wo beispielsweise kein Postamt in der Nähe mehr geöffnet hat, verkaufen sie Briefmarken oder nehmen auch Paketpost für die Dorfbewohner entgegen, die der Briefträger nicht erreichen kann. Andere setzen auf den Verkauf von Telefonkarten, Busfahrtscheinen und Steuermarken zum Bezahlen von Strafzetteln, stellen einen Verkaufsstand für Zeitungen und Zeitschriften auf oder bieten Süßwaren, Batterien und Einwegkameras feil. Eine *buraliste* plante gar, Nikotin-Pflaster und ähnliche Mittel zum Abgewöhnen des Rauchens anzubieten. Da machte ihr aber der vehemente Protest des Apothekerverbandes einen Strich durch die Rechnung. Denis in der kleinen Gemeinde Saints, 60 Kilometer östlich von Paris, hat einen Nachbarraum seines *Café-Tabac* zum Tante-Emma-Laden ausgebaut. Und bietet während der normalen Kneipen-Öffnungszeiten ein reiches Angebot an Lebensmitteln, bis hin zu frischem Obst und Gemüse. Für die Rentner im Dorf auch mit Lieferung frei Haus.

Bei all dem ist das Kneipensterben keine neue Erscheinung, die lediglich auf das neue Rauchverbot zurückzuführen ist. Schon seit über einem Jahrzehnt sucht die Branche nach Lösungen gegen den kontinuierlichen Gästeschwund, der auch auf Kampagnen gegen Alkoholmissbrauch und die Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zurückzuführen ist. So wurde manches ganz normale Café zu einer Musik-Poesie-Theaterkneipe aufgepeppt, der Branchenverband organisiert von Zeit zu Zeit Hand in Hand mit den Brauereien festliche Kampagnen, um die Franzosen zurück an den Tresen zu holen. Mit mittlereprächtigen Erfolg. Aussterben werden die *bars-tabac* jedoch sicher nicht so schnell: Tagtäglich steuern sie weiterhin elf Millionen Franzosen an. Sie „gehen zur Messe“, wie es laut der Tageszeitung *„France-Soir“* noch in vielen Dörfern heißt ...